

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481,  
Tel.-Adr.: Roffahne Berlin / Berl. Verein. Zeitungsverlage GmbH,  
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Internationale“  
Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, S. 1  
Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigen: 18 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 70 Pf., monatl. 3 M., einschl. Träger-  
lohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellung. — Postbezug einschl. Poststeu-  
ergeb. 3,50 M.; Streifband im Inland 4,50 M.; n. b. Ausland 4,80 M.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spalt. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8spalt. Millimeter-  
zeile 2,50 M. — Arbeiterorganik. und Familienanz.: Millimeterzeile 20 Pf. —  
Kleine Anzeigen: Textwort 20 Pf., Überschriften 30 Pf., Arbeitmarkt Wort 5 Pf.



## Liebknechtmörder in der Parteileitung der Nazis / Siehe im Blatt

# SPD. für das Bündnis mit Hitler

Bedingungslos in der faschistischen „Volksgemeinschaft“ für Hindenburg! — Hitler offiziell in der Front der Youngpolitik  
Die SPD.-Führer als Einseitiger der Brüning-Politik — Sozialdemokratische Arbeiter, kämpft mit der roten Einheitsfront!

Der gestrige „Vorwärts“ enthält die offene Zustimmung zur Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zur Hitlerpartei, um die Amtsdauer Hindenburgs durch eine gemeinsame Kundgebung der neuen „Volksgemeinschaft“ im Reichstag verlängern zu lassen. Der „Vorwärts“ macht die Empfänger Hitlers bei Brüning und Groener völlig nebensächlich auf. Er erklärt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, falls Hitler und Hugenberg „keine Gegenleistungen für ihr Entgegenkommen“ verlangen, gemeinsam mit ihnen für Hindenburg zu stimmen. „Es muß sich für alle um ein einfaches Ja oder Nein handeln“, erklärt der „Vorwärts“.

### Hitler in der Brüning-Front

Was Brüning seinem stillen Koalitionspartner Hitler an Versprechungen gemacht hat, wird offiziell geheimgehalten. U. a. soll Hitler das „verfassungsmäßige Staatsfinden der Preußenwahlen“ gefordert haben. Augencheinlich auf einen Wint Brüning veröffentlicht die Preußenregierung eine Erklärung, daß die Preußenwahlen zum „verfassungsmäßigen Termin“ im Mai stattfinden werden.

Die „Forderungen“ Hitlers stimmen also völlig mit der Linie der weiteren Durchführung der faschistischen Notverordnungspolitik Brüning überein!

Inzwischen haben sich auch die Wirtschaftspartei und verschiedene andere bürgerliche Parteien für die „Volksgemeinschaft“ ausgesprochen.

### „Volksgemeinschafts“-Kundgebung im Reichstag

Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß im Falle einer Einigung, die heute nach einer Rücksprache von Hitler mit Hugenberg erfolgen soll, der Reichstag noch vor der kommenden Reparationskonferenz zusammentreten soll, um mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit das Gesetz zur Amtverlängerung von Hindenburg zu beschließen.

Diese Volksgemeinschaftskundgebung im Reichstag, dieses Bündnis von Weis bis Hitler, würde unmittelbar vor der Konferenz von Dushy die Demonstration einer realitätären außenpolitischen Einheitsfront der gesamten faschistischen Front von Weis über Brüning bis zu Hitler darstellen.

Hitler wird heute, Sonnabend, zum Abschluß der Volksgemeinschaftsverhandlungen vom Reichskanzler Brüning wieder empfangen werden.

Der „Vorwärts“ ist besonders stolz auf seine Forderung, daß die neue Einheitsfront von Weis und Leipart bis zu Hitler „bedingungslos“ zu erfolgen habe. Die sozialdemokratischen Arbeiter erleben, wie ihre Führer mit nicht mehr zu überbietender Skrupellosigkeit immer weiter in der offenen Unterstützung des Faschismus vorwärtsschreiten.

Die Sozialdemokratie kann sich rühmen, daß dieser Vorschlag der Einheitsfront Brüning-Weis-Hitler für Hindenburg zuerst in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Das freie Wort“ des Herrn Heilmann entstanden ist. Tarnows Rede für die Tolerierung einer Brüning-Hitler-Regierung, Wildungs Bekenntnis zur Bildung der Regierungsteilnahme der Nazis liegen auf der Linie der gleichen Politik.

Der Sozialdemokrat Paul Oberg, der deutsche Korrespondent des Stockholmer „Socialdemokraten“, hat in dieser Zeitung bereits am 3. Januar mitgeteilt, daß „alle Republikaner“ sich für Hindenburg einlegen würden. Der sozialdemokratische Korrespondent sagt dann, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sich damit zufriedengeben müßten. Es ist uns bekannt, daß die sozialdemokratische Führerschaft und einflussreiche sozialdemokratische Regierungsbeamte seit vielen Wochen im internen Kreise die Schaffung dieser Hindenburgfront von Weis bis Hitler propagiert haben.

Es ist jetzt die Aufgabe aller Kommunisten, den härtesten Kampf gegen die Volksgemeinschaftspolitik, gegen das faschistische Schrittmachertum der sozialdemokratischen Führerschaft zu organisieren. Wir Kommunisten alarmieren die Betriebe. Die Belegschaften müssen jetzt erkennen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Streikbrecherpolitik zur Durchsetzung des Lohnabbaues im Dienst der neuen faschistischen „Volksgemeinschaft“ betrieben haben.

Die Kommunisten müssen jetzt den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, die Lage zu erkennen und den richtigen Weg zu finden.

Mit kameradschaftlicher und brüderlicher Ueberzeugungskraft müssen die Kommunisten jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter für die rote Einheitsfront und die Kampfforderungen der Einheitsfront appellieren der Kommunistischen Partei gewinnen.

Wir rufen zur Formierung der großen roten Einheitsfront gegen die kapitalistisch-faschistische Front von Weis bis Hitler!

### Aus dem Inhalt:

- Passive Resistenz auf der Reichsbahn
- Uebertritte von SPD.- und SAP.-Arbeitern
- 4000 Berliner Angestellte entlassen
- Hungertod einer Frau in Berlin

## Das „Ja“ der SPD.-Führer

Proletarische Klassenpolitik gegen faschistische „Volksgemeinschaft“

„Es muß sich für alle um ein einfaches Ja oder Nein handeln.“  
„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denkt übereinstimmend darüber, etwa aus Dorschel gegen einen Antrag zu stimmen, weil andere für ihn stimmen.“  
„Abend“ vom 8. Januar.

Bedingungslos stellt sich die SPD. in die Front der Brüning-„Volksgemeinschaft“. Mögen auch den Nationalsozialisten in Geheimzimmern Zusagen gegeben werden, die SPD. wird trotzdem für Hindenburg stimmen. Vor den kommenden Reparationsverhandlungen wird die faschistische Front der Youngparteien geschlossen.

Die Tatsache ist nicht mehr aus der Welt zu leugnen: Die Sozialdemokratische Partei, die 1925 Hindenburg als Kandidaten der schwarzweißroten Reaktion angeblüh bekämpfte, ist bedingungslos bereit, für den Ehrenpräsidenten des Stahlhelms ihre Stimme abzugeben. Die SPD.-Führer zeigen sich als „gute Deutsche“, was die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit Beifriedigung feststellt.

Die Zustimmung der SPD. zur Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs ist die logische Fortsetzung der Politik des „kleineren Übels“. Die praktische Einheitsfront zwischen SPD. und Nazis befähigt wieder War die Wahrheit der Sätze des Genossen Stalin, der bereits 1924 schrieb:

„Der Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigste Flügel des Faschismus... Diese Organisationen schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern ergänzen einander. Es sind das nicht Antipoden (Widerläufer), sondern Zwillinge.“

SPD. und Nazis sind beide unentbehrliche Stützen der deutschen Bourgeoisie bei der Durchführung des Faschismus. Aber noch in keiner Situation hat die SPD. so offen ihr faschistisches Gesicht gezeigt, wie jetzt bei der Durchführung der „Volksgemeinschaft“ mit den Nazis. Die Voraussetzungen des Genossen Thälmann, die er vor fünf Wochen in der „Roten Fahne“ vom 29. November 1931 aufstellte, bewahrheitet sich vollinhaltlich:

„Nun folgt die zweite Etappe dieser Politik des ‚kleineren Übels‘: Die SPD.-Führer wollen in Deutschland gegenüber Hitler einige Etappen jenes Weges überspringen, der den Reformisten D'Aragona in Italien erst nach Jahren des faschistischen Regimes offen an die Seite Mussolinis führte. Abkürzen, heißt die Parole der Breitscheid und Weis...“

Die Ministerjessel für die Naziminister werden instand gesetzt. So wie die SPD. diese Entwicklung als entscheidende Kraft im Dienste der bürgerlichen Diktatur durch ihre Politik des „kleineren Übels“ ermöglichte und herbeiführte, so wird auch bei einer etwa kommenden Hitlerregierung die Sozialdemokratie mit den neuen Auflagen ihrer Theorie des „kleineren Übels“ die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bleiben!

Mit dem Einschwenken in die Volksgemeinschaft zur Wiederwahl Hindenburgs hat die SPD. einen großen Teil des Weges zur offenen faschistischen Diktatur „abgekürzt“. Die praktische einheitliche Politik von SPD. und Nazis zur Wiederwahl des Marschall-Präsidenten schafft die Voraussetzungen für eine verlässliche faschistische Diktaturpolitik gegen das deutsche Proletariat. Wieder erweist sich die

# Amerika droht Japan

Neuherbeite Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze um die Aufteilung Chinas

Amerika hat gestern an die japanische Regierung in Tokio eine in scharfem Ton gehaltene Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten die durch den japanischen Raubzug in der Mandchuriet neuerschaffene Lage nicht anerkennen und daß sie auch keinen japanisch-chinesischen Vertrag anerkennen werden, der auf eine Weise zustande gekommen ist, die den Bestimmungen des Kellogg-Paltes (Kriegs-ächtungspaltes) zuwiderläuft.

Kurz nach Eintreffen der Note in Tokio hat die erst vor einem Monat neugebildete japanische Regierung ihren Rücktritt erklärt.

Amerikas Schritt ist von größter Bedeutung. Die Vereinigten Staaten geben dem japanischen Imperialismus in unüberwindlicher Art zu verstehen, daß Amerika nicht gewillt ist, den japanischen Raubzug in China zuzulassen, solange Amerika sich nicht den besten Teil der Beute gesichert hat. Die Bedeutung der Note wird wirksam durch die Manöver der 300 Bomberflieger und Hunderten von Kriegsschiffen unterstrichen, die Amerika auf Hawaii stationiert hat.

Mit der Ueberbreitung der Grenzen der Provinz Tschili durch die japanischen Truppen sind, wie wir vorausgesetzt haben, die imperialistischen Gegensätze um die Aufteilung Chinas auf dem Siebepunkt angelangt. Die Gefahr der triegerischen Austragung dieser Gegensätze auf chinesischem Boden, auf dem Rücken der geachteten chinesischen Werktätigen, ist riesengroß.

Die kommunistischen Parteien Amerikas und Japans sowie Chinas stehen vor den gewaltigen Aufgaben der leninistischen Bekämpfung des imperialistischen Raubkrieges. Die Werktätigen der ganzen Welt stehen auf ihrer Seite.

## Briand tritt zurück?

11. Paris, 8. Januar. Briand hat den Ministerpräsidenten von keiner Rücktrittsabsicht in Kenntnis gesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Laval selbst den Posten des Außenministers übernehmen.

Auf diese Meldung, die bei Redaktionschluß eintrifft, werden wir morgen näher eingehen.